

Reinhart Kößler

Ein halbes Jahrhundert Zeitenwende Erinnerung an das Jahr 1973 (Debatte)

Epochenjahre werden häufig erst in der Rückschau als solche erkennbar – wie Hegel sagte, beginnt die Eule der Minerva erst in der Dämmerung ihren Flug. Dass eine „Zeitenwende“ im Laufe des Geschehens proklamiert wird, ist selten, und ob dann die Folgen des dramatischen Umbruchs schon absehbar sind, ist wieder eine andere Frage. Vor 50 Jahren, Ende 1973, nahm man zwar dramatische Ereignisse wahr, dass sie aber einen Epochenbruch eingeleitet hatten, zeigte sich erst einige Zeit später.

Dass der Welt zu Beginn der 1970er Jahre einschneidende Veränderungen bevorstanden, war freilich erkennbar. Erinnert sei an die nachhaltigen gesellschaftlichen Erschütterungen und Mobilisierungen, die während der zweiten Hälfte der 1960er Jahre alle Kontinente erfasst hatten und mit „1968“ oder „Studentenbewegung“ nur sehr unzureichend (und ein wenig ethnozentrisch) erfasst sind, auch wenn damit das Aufbegehren großer Teile der Jugend in vielen Ländern und wenigstens implizit auch die massiven Proteste gegen die Kriegführung der USA in Vietnam bezeichnet werden. Allzu oft wird zudem vergessen, dass sich diese Bewegung sehr deutlich auch in Senegal, Südafrika oder Japan artikuliert. Noch handfestere Momente kamen hinzu: 1971 leiteten die USA den Abschied vom Goldstandard und damit eine grundlegende Revision des seit dem Zweiten Weltkrieg (Bretton Woods) geltenden Weltwährungssystems ein. Im Aufbrechen und der Umgestaltung dieses Systems kamen weitreichende Gewichtsverschiebungen nicht zuletzt aufgrund des massiven wirtschaftlichen Aufstiegs Westdeutschlands und Japans zum Ausdruck. Damit schien sich die Nachkriegsordnung zu verschieben, zugleich konnte dies als Erfolg in der Konkurrenz der USA und ihrer Verbündeten mit der als systemischer Konkurrenz verstandenen Sowjetunion gesehen werden.

Auch waren die Perspektiven einer radikalen gesellschaftlichen Umgestaltung, die vielen an den Bewegungen der 1960er und frühen 1970er Jahre Beteiligten vor Augen standen, noch keineswegs außer Blickweite geraten:

Die Niederlage der USA und ihrer Verbündeten in Indochina begann sich abzuzeichnen, auch die koloniale Herrschaft Portugals in Afrika geriet ernsthaft ins Wanken; große Streiks in Walvis Bay (Namibia) und Durban (Südafrika) kündigten an, dass die (scheinbare) Friedhofsruhe im Machtbereich des südafrikanischen Apartheidregimes dem Ende zuging; in Guinea-Bissau wurde im September 1973 nach langjährigem Befreiungskampf einseitig die Unabhängigkeit ausgerufen. Damit war das Ende des portugiesischen Kolonialreichs, zugleich aber auch der Diktaturen in Portugal und Griechenland eingeläutet.

Von zentraler Bedeutung aber war der Versuch in Chile, seit 1970 unter der Präsidentschaft Salvador Allendes einen friedlichen Weg zum Sozialismus gemäß den Vorgaben der Verfassung zu finden.

Diesem weltweit von vielen Hoffnungen begleiteten Experiment wurde durch den Staatsstreich vom 11. September 1973 brutal ein Ende gesetzt. Wie heute bekannt ist, spielten die CIA sowie der kurz danach mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete damalige US-Sicherheitsberater und Außenminister Henry Kissinger dabei eine zentrale Rolle. Keine vier Wochen später markierte der Jom-Kippur-Krieg mit dem fehlgeschlagenen Versuch Ägyptens und Syriens, die Ergebnisse des Krieges von 1967 zu revidieren, zunächst eine weitere Phase des Nahost-Konfliktes.

Doch als noch weit einschneidender sollte sich die Art und Weise erweisen, in der sich die Folgen dieser beiden Ereignisse innerhalb weniger Jahre miteinander verknüpften. Zunächst erwies sich das in Chile etablierte Militärregime als geradezu idealer Partner für eine Gruppe rechtsgerichteter chilenischer Ökonomen (fast ausschließlich Männer), die vor relativ kurzer Zeit ihr Studium in den USA, meist an der *University of Chicago* abgeschlossen hatten. Die „Chicago Boys“ hingen den damals in der Wirtschaftswissenschaft noch minoritären Ansichten von Friedrich von Hayek und Milton Friedman an, die heute als „Neoliberalismus“ bekannt sind, und sie bekamen Gelegenheit, ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, als sie ab 1975 entscheidende Ministerposten sowie die Spitze des Nationalen Planungsamtes besetzen konnten. Es folgten umfassende Deregulierungen der wirtschaftlichen Institutionen, der sozialen Sicherungssysteme und der Daseinsfürsorge, die weitgehend in private Verantwortung überwiesen wurden. Diese Politik wirkte nicht zuletzt wie eine gewaltige Maschine zur Umverteilung von unten nach oben sowie zur Atomisierung der Gesellschaft. 1982 geriet sie in eine schwere Krise. Die Folgen prägten die chilenische Gesellschaft bis heute, und das Programm kann als Blaupause für weit umfassendere und noch folgenreichere Umgestaltungen verstanden werden, die in der Folge große Teile der Welt, zumal des Globalen Südens erfassten.

Dabei spielten die im Zusammenhang mit dem Jom-Kippur-Krieg ausgelösten Veränderungen eine wesentliche Rolle. Zunächst als Gegenmaßnahme gegen die westliche Unterstützung Israels drosselten wichtige Erdölförderländer ihre Produktion. Die bereits eingeleiteten Anstrengungen der *Organisation Erdölexportierender Länder* (OPEC) zur Steigerung des Erdölpreises wurden im Rahmen eines anlässlich des Krieges verhängten Ölboikotts verstärkt. Dies löste einen steilen Anstieg der Rohölpreise aus, den „Erdölpreisschock“. Die plötzliche Möglichkeit gravierender Versorgungsengpässe führte zu drastischen Maßnahmen auch der Bundesregierung wie vier autofreien Sonntagen im Dezember 1973 und generellen Geschwindigkeitsbegrenzungen. *Bild* prägte gegen diese kurzfristigen Maßnahmen den Slogan „Freie Fahrt für freie Bürger“; andere feierten die Befreiung aus den isolierenden Blechkisten bei klirrender Kälte auf dem Ku’damm. Die kulturellen Fronten kommender Jahrzehnte waren hier bereits erkennbar.

Zugleich aber sammelten sich durch die neue Preisstruktur des strategischen Rohstoffs und Energieträgers große Summen von Geldkapital in den Händen der Regierenden und Eliten der erdölexportierenden Länder. Auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten eröffneten sie sich einesteils Teilhabe an Unternehmen in den industriekapitalistisch entwickelten Ländern, wie etwa der frühzeitige Einstieg Kuwaits bei Krupp zeigt. Zum andern flossen die freien Gelder in internationale Anleihen. Großenteils wurde der Bedarf von Ländern des Globalen Südens an Krediten bedient, deren Anspruch es war, auf diese Weise „Entwicklung“, in erster Linie Infrastruktur- und Industrieprojekte, voranzutreiben. In die gleiche Richtung zielten die während der 1970er Jahre auch angesichts der veränderten weltpolitischen Kräftegewichte verstärkten Bemühungen um eine *Neue Weltwirtschaftsordnung* (NWWO). Dies schloss insbesondere Bestrebungen ein, Mechanismen zur Stabilisierung, d.h. Regulierung von Rohstoffmärkten zu etablieren. Damit verband sich die Hoffnung, die Strategien einer nachholenden Entwicklung auf eine stabile Grundlage stellen zu können.

Die Wende zu den 1980er Jahren steht dann für die Vollendung des Umbruchs. Diese bestand nicht zuletzt darin, dass die Versuche zur Schaffung einer NWWO abgewürgt wurden. Damit war auch die *UN-Konferenz für Handel und Entwicklung* (UNCTAD) zusehends marginalisiert. Die nun an die Macht gelangten neoliberal orientierten Regierungen in Großbritannien unter Margaret Thatcher und insbesondere kurz darauf in USA unter Ronald Reagan (1981) trugen mit ihrer Hochzinspolitik entscheidend zur Veränderung der Finanzmärkte und sukzessive zur Verschuldungskrise bei. Zahlreiche Staaten konnten nun aufgrund der steigenden Zinsen ihre in der vorangegangenen Dekade aufgehäuften internationalen Auslandsschulden

nicht mehr bedienen. Sie sahen sich auf Unterstützung durch die internationalen Finanzinstitutionen – den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank – angewiesen. Solche Hilfen aber wurden an weitgehend gleichförmige Strukturanpassungsprogramme geknüpft, die in erster Linie Austerität und Deregulierung verordneten, in vielem entsprechend der von den „Chicago Boys“ mit einschneidenden, aber höchst problematischen Folgen bereits in Chile erprobten Blaupause. Die Folgen sind bekannt: Aushöhlung der sozialen und materiellen Infrastruktur, Aufblähung des informellen Sektors, Steigen der Massenarmut. Nicht umsonst wurden die 1980er Jahre bald als für „Entwicklung“ verlorenes Jahrzehnt gerade von jenen bewertet, die mit „Entwicklung“ das Nachholen der Erfahrung industriekapitalistischer Länder meinten.

In der Wende zum Neoliberalismus, die zu Beginn der 1970er Jahre eingeleitet und gegen das Ende des Jahrzehnts vollends zum Durchbruch kam, verbinden sich so die Folgen zweier zunächst kontingenter, in kurzem zeitlichem Abstand und in scheinbar völlig unterschiedlichen Zusammenhängen eingetretener Ereignisse, des Putsches vom 11. September 1973 und des weniger als einen Monat später begonnenen Jom-Kippur-Krieges.¹

Anschrift des Autors:
Reinhart Kößler
r-koessler@gmx.de

1 Hinweis der Redaktion: Die PROKLA, Nr. 213 (2023) widmet „Wie viel 1973 steckt in 2023“ einen Schwerpunkt.